



Europapolitiker Oettinger

WIKTOR DABROWSKI / ZUMA / DDP IMAGES

## „Frankreich ist der Testfall“

**EU** Kommissar Günther Oettinger, 62, verteidigt die DefizitAusnahmen für Spanien und Portugal und kündigt an, dass Brüssel künftig genauer hinschauen wird.

**SPIEGEL:** Herr Oettinger, die Kommission will keine Strafen gegen Spanien und Portugal verhängen, obwohl beide Länder seit Jahren viel mehr Schulden machen, als der europäische Stabilitätspakt erlaubt. Ist das Vertragswerk endgültig tot?

**Oettinger:** Wir haben in der Kommission über alle Mitgliedstaaten beraten. Bei einigen gibt es Fortschritte, andere muss man genauer betrachten. Bei Spanien und Portugal sehen wir Lichtblicke, aber die Zielmarken wurden klar nicht erreicht.

**SPIEGEL:** Trotzdem haben Sie beiden Ländern ein Jahr Aufschub geschenkt, um ihre Haushalte in Ordnung zu bringen.

**Oettinger:** Im Falle Spaniens geht es darum, dass das Land endlich eine handlungsfähige Regierung braucht. Ende Juni sind dort Wahlen. Danach beugen wir uns erneut über die Zahlen und werden unsere Schlussfolgerungen ziehen.

**SPIEGEL:** Das Problem ist nur, dass die Rücksicht auf Wahlen bisher nicht zu den europäischen Stabilitätskriterien zählt.

**Oettinger:** Die Frage, ob die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts erfüllt sind, ist zunächst eine rein rechnerische, da haben Sie recht. Welche Schlussfolgerungen wir bei einem Verstoß ziehen, muss aber auch politisch bewertet werden. Wir wollten nicht den Wahlkampf beeinflussen. Sanktionen sind jedoch noch nicht vom Tisch. Ich erwarte, dass sich die Kommission im Juli erneut mit diesem Thema befassen wird.

**SPIEGEL:** Sogar der Europäische Rechnungshof kritisiert, wie lax die Kommission mit den Regeln umgeht. Uns scheint: Im Gegensatz zur Vergangenheit regt das nicht einmal den deutschen EU-Kommissar auf.

**Oettinger:** Glauben Sie mir bitte, mir ist die deutsche Sicht nicht fremd. Als Mitgliedstaat, der die höchsten Garantien bei den Rettungsschirmen gegeben hat, hat Deutschland ein großes Interesse an einem stringenteren Vorgehen. Doch in der Kommission und im Europäischen Rat ist die deutsche Stimme zwar wichtig, aber nicht die einzige. Es geht darum, die Eurozone als Ganzes zu stabilisieren.

**SPIEGEL:** Die EU-Kommission erlaubt auch Italien, die staatlichen Ausgaben beinahe beliebig schönzufärben. Wie lange soll das so weitergehen?

**Oettinger:** Ich teile Ihre Sorge um Italien ausdrücklich. Es gab langwierige Schriftwechsel mit den Italienern, in denen sie sich zu konkreten Schritten verpflichtet haben, ihr Defizit zu verringern. Was das bringt, werden wir sehen, wenn im Oktober unsere Prüfung des italienischen Haushaltsentwurfs für 2017 ansteht.

**SPIEGEL:** Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker spricht offensiv davon, er führe eine politische Kommission. Soll das bedeuten: Verträge gelten nichts mehr?

**Oettinger:** Das wird der Fall Frankreich zeigen. Frankreich hat bereits mehrfach Aufschub erhalten, sein Defizit unter Kontrolle zu bekommen. Auch dort stehen Sanktionsmaßnahmen im Raum, wenn der Haushalt für 2017 nicht den Erwartungen entspricht. Auch dort fällt unsere Prüfung mit Wahlen zusammen ...

**SPIEGEL:** ... Marine Le Pen, die Vorsitzende des rechtspopulistischen Front National, könnte sogar Staatspräsidentin werden.

**Oettinger:** Frankreich ist der Testfall für die Glaubwürdigkeit des Stabilitätspakts. Ich

bin mir sicher, dass Juncker um die Verantwortung der Kommission weiß. Sie hat sich verpflichtet, dass alle europäischen Länder bis 2019 die Stabilitätskriterien erfüllen. Wir müssen da eine Punktlandung hinlegen.

**SPIEGEL:** Ihr Vertrauen in Juncker in allen Ehren, aber wäre es nicht besser, den Stabilitätspakt mit klareren Vorgaben neu auszuhandeln?

**Oettinger:** Da bin ich sehr skeptisch. Ein Neustart würde aus Sicht des deutschen Steuerzahlers erhebliche Risiken bergen, weil Haushaltskonsolidierung in einigen Mitgliedstaaten heute noch weniger akzeptiert wird als 2010 oder 2011.

**SPIEGEL:** Woran liegt das?

**Oettinger:** Ein entscheidender Grund ist die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Solange sich Schuldenstaaten fast zum Nulltarif refinanzieren können, sind die Bereitschaft und der Druck zu echten Reformen sehr gering. Daher bekommen wir auch keinen besseren Deal, wenn wir jetzt den Stabilitätspakt neu verhandeln.

**SPIEGEL:** Finanzminister Schäuble sagt, die Nullzinspolitik der EZB mache die AfD stark. Trägt nicht der lasche Umgang mit Defizitländern genauso zum Erstarken der Rechtspopulisten bei?

**Oettinger:** Wenn die Kommission die Haushaltskontrolle streng nach Recht und Gesetz durchführt, verschafft sie euroskeptischen, rechts- oder linkspopulistischen Parteien in vielen Mitgliedsländern Auftrieb. Umgekehrt gilt auch: Die AfD bekommt sicher die eine oder andere Stimme von Bürgern, die mit der aus deutscher Sicht zu laschen Haushaltsüberwachung unzufrieden sind. Daran sehen Sie, wie schwer es ist, einen klugen Mittelweg zu finden.

**SPIEGEL:** Am Dienstag will die Euro-Gruppe wenigstens eine Lösung für Griechenland erreichen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) besteht auf einem Schuldenschnitt, Schäuble lehnt das ab. Rechnen Sie mit einer Einigung?

**Oettinger:** Ich kann verstehen, dass der IWF zweifelt, ob das Land seine Schulden dauerhaft bedienen kann. Da den Griechen in diesem Jahrzehnt aber alle Tilgungszahlungen erlassen sind, bringen Schuldenerleichterungen dem Land derzeit keinen Vorteil. Für mich gilt: Wir werden die Rückzahlung der Schulden nicht auf die Zeit unserer Enkelkinder verschieben können.

**SPIEGEL:** Der IWF hat angekündigt, sich in diesem Fall aus der Griechenlandrettung zurückzuziehen und den Geldgebern nur noch mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Würde Ihnen das reichen?

**Oettinger:** Ja. Ich würde zur Not hinnehmen, dass der IWF auf Grundlage bestehender finanzieller Verpflichtungen Teil des Programms bleibt, aber nicht unbedingt neues Geld zuschießt. Die Expertise des IWF ist wichtiger als frisches Geld, das er einbringt.

Interview: Peter Müller, Christoph Pauly